Cottbuser
Herzblatt
Chośebuska wutšobka
Die linke Zeitung aus der roten Ecke
25. Jahrgang / Nr. 10 (288) Oktober2016 Bitte 1,00 Euro spenden

In dieser Ausgabe

Seite 7: Weißbuch 2016

Seiten 9/10: Zu den Duma-Wahlen in Russland

Seite 11: Diskutieren und Handeln!

Ein starkes Signal gegen TTIP und CETA!

Demonstrationen in sieben Großstädten

Das war großartig: Mehr als 320 000 Menschen waren am 17. September trotz schlechten Wetters auf der Straße, um gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA, für den Erhalt von Sozial- und Umweltstandards zu demonstrieren.

Egal ob in Berlin, Köln, Hamburg, München, Stuttgart, Frankfurt oder Leipzig: Wir waren überall mit einem großen und lautstarken roten Block vertreten. LINKE-Fahnen waren weithin sichtbar, und wir haben nochmal klar gemacht: DIE LINKE meint es ernst mit ihrer Ablehnung von Sonderrechten für Konzerne.

Ganz anders die SPD: Nur zwei Tage nach den Massenprotesten gab der SPD-Parteikonvent vorerst grünes Licht für den Pro-CETA-Kurs ihres Vorsitzenden Gabriel. Doch entschieden ist damit noch nichts. Noch gibt es zahlreiche Hürden, die das Abkommen überwinden muss.

Gemeinsam mit vielen Partnerinnen und Partnern werden wir weiter daran arbeiten, dass diese gefährlichen Abkommen noch gestoppt werden. Dafür sind wir auf Eure Unterstützung angewiesen: Bringt Euch weiter in unsere Kampagne gegen CETA und TTIP ein oder unterstützt uns mit einer Spende.

Unser Protest gegen TTIP und CETA lebt von engagierten Mitgliedern. Du bist noch nicht Mitglied und möchtest Dich künftig noch stärker engagieren und bei allen Fragen mitentscheiden? Du bist herzlich willkommen! Einfach online unsere Eintrittserklärung ausfüllen und schon bist Du dabei.

Der Kampf gegen TTIP und CETA kostet Geld. Daher freuen wir uns über jede Spende für diese wichtige politische Arbeit.

Per Überweisung an:
Parteivorstand der Partei DIE LINKE
DE38100900005000600000
BIC: BEVODEBBXXX
Kennwort: Spende TTIP

Bitte gib bei allen Spenden jeweils Deinen Namen, Vornamen und die Anschrift an. Deine Daten behandeln wir vertraulich. Auf Wunsch stellen wir gerne Spendenbescheinigungen aus.

In Berlin demonstrierten 70 000,
in Leipzig 15 000,
in Hamburg waren es 65 000,
in Köln 55 000,
in Frankfurt am Main 50 000,
in Stuttgart 40 000 und
in München 25 000.

DIE LINKE.
Ortsverband Cottbus

Am 28. September tagte die 22. Stadtverordnetenversammlung in dieser Wahlperiode

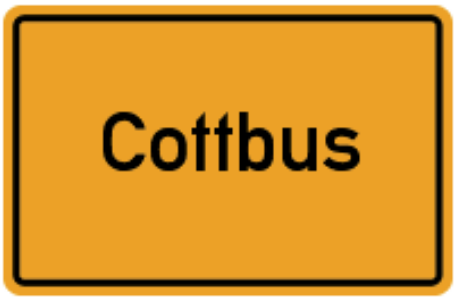
Es gab bei der Beratung mehr Differenzen als Einsichten

Der Oberbürgermeister ging in seinem Bericht neben vielen Themen immer wieder auf die Landespolitik ein. Offensichtlich ist es ihm wichtig, regelmäßig zu sagen, wie unfähig die Koalition in seinen Augen ist. Konstruktive Politik sieht nach Meinung der Linksfraktion anders aus. André Kaun sagte ihm das in einem kurzen Statement. Besonders peinlich wurde es, als Herr Kelch in völlig verunglückter Ironie oder Satire den Vorschlag macht, Cottbus solle als Großstadt Guben, Spremberg und Forst einkreisen. (Dass sich der Forster Bürgermeister in einem Rundfunkinterview darüber auch noch echauffierte, setzt die Peinlichkeit noch höher!)

Die Hauptsatzung stand auf der umfänglichen Tagesordnung. Nach fast zwei Stunden waren alle dazu eingereichten Anträge abgearbeitet. Ein schwieriges Unterfangen mit Formalien, die aber auch für Inhalte wichtig sind.

Danach wurde mehrheitlich ein Prüfauftrag (Enthaltung bei der Linksfraktion) an die Verwaltung beschlossen. Es geht um das weitere Verfahren mit der Finanzierung der öffentlichen Schmutzwasserbeseitigungsanlage. Nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes vom letzten Herbst ist ein Teil der Bescheide zu Anschließerbeiträgen rechtswidrig. Nun soll nach dem Willen einer voraussichtlichen Mehrheit von Stadtverordneten alles auf Entgelte umgestellt werden. (Dazu im nächsten „Herzblatt“ nochmal eine ausführliche Sachdarstellung)

Vier Vorlagen zum Cottbuser Ostsee gingen fast einstimmig über die Bühne. Ein Stück Zukunft tat sich auf. Viel Arbeit wird es dazu noch geben, aber die Weichen sind gestellt.



Der Bebauungsplan zum Einkaufszentrum Blechen Carré brachte nochmal Diskussionen. Die Linksfraktion hatte einen Antrag eingebracht, der den Bauherrn mit einer höheren Vertragsstrafe belegen sollte, falls er sich nicht an die vereinbarte Gestaltung des Baukörpers hält (von 250 000 auf eine Millionen Euro). André Kaun begründete den Antrag unter anderem mit der bisher geringen Verlässlichkeit des Vertragspartners. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. DIE LINKEN haben die Vorlage, gemäß der Aussage im Wahlprogramm, zwar abgelehnt, die Mehrheit der Stadtverordneten war aber für den Bau. Jetzt kann man nur noch hoffen!

Lebhaft wurde es nochmal bei den Anträgen. Zwei kamen von der Fraktion DIE LINKE. André Kaun begründete den Antrag zur Beauftragung der Stadtverwaltung, die Cottbuser Elternschaft entsprechend der Möglichkeit des Kita-Gesetzes bei der Bildung eines städtischen Elternbeirates zu unterstützen. Durch Intervention der SPD wurde der Antrag erst mal zur Beratung in den Jugendhilfeausschuss gegeben.

Der zweite Antrag forderte die Stadtverwaltung auf, mit Blick auf den voraussichtlichen Verlust der Kreisfreiheit (Beschluss des Leitbildes im Landtag im Juli), zu prüfen, welche Aufgaben in diesem Fall in kommunaler Verantwortung bleiben sollten. Es war also der Versuch, auf zukünftige Verantwortung vorbereitet zu sein. Dass CDU/AFD/AUB dagegen waren, war abzusehen. Die Enthaltungen bei den Grünen war fast zu erwarten, bei der SPD doch sehr verwunderlich. Aber: C’est la vie!

Eberhard Richter,
Fraktionsgeschäftsführer,
Mitglied des Fraktionsvorstandes

Telegramm aus dem Ortsvorstand

Die Vorbereitung der Gesamtmitgliederversammlung am 12. November stand auf der Tagesordnung.

Bisher haben acht Genossinnen und Genossen erklärt, dass sie für den neuen Ortsvorstand kandidieren werden. Nach weiteren Kandidaten wird gesucht. Die Gruppe der jungen Parteimitglieder ist auch angesprochen. Die organisatorische Vorbereitung beginnt. Die Einladungen mit der Tagesordnung werden demnächst auf den Weg gebracht.

Die gemeinsame Aktion linker Gruppierungen in Cottbus zum Weltfriedenstag wurde ausgewertet. Ein guter Anfang. Für nächste Aktionen zu sozialen Fragen werden voraussichtlich auch die Gewerkschaften wieder mit von der Partie sein.

Das Sandow-Frühstück vom 10. September hat gezeigt, dass es gut ist, für eine nächste Veranstaltung auch in anderen Stadtteilen zu werben. Es gab Nachfragen. Und die Themen, zu denen Stadtverordnete Rede und Antwort stehen, betreffen auch selten nur einen Stadtteil.

Eberhard Richter,
Vorsitzender Ortsvorstand

Bewerbungen als Kandidaten zur Bundestagswahl 2017

Birgit Kaufhold

Seit 32 Jahren bin ich leidenschaftlich und im Bewusstsein über die historische Verantwortung unserer Partei als Mitglied politisch engagiert. Als gebürtige Lausitzerin mit sorbischen Wurzeln möchte ich im Bundestagswahlkampf mit meiner ganzen Persönlichkeit überzeugen.

Zu meinen Erfahrungen als Frau, Mutter und Arbeitnehmerin gehören auch Arbeitslosengeld, Sozialhilfe und ein abgelehnter Hartz-IV-Antrag. Das hat mich sehr geprägt und mein linkes Profil geschärft.

Gerade als Gewerkschafterin und Personalrätin nutze ich diese Lebenserfahrungen besonders intensiv. Meine Tätigkeiten als Dipl.- Ing. (FH) für Erkundungsgeologie in der Tagebauprojektierung und in einer Zahnarztpraxis legten den Grundstein für mein Zweitstudium der Betriebswirtschaft.

Durch die Arbeit als Personalcontrollerin in der BWS Behindertenwerk gGmbH Spremberg sowie als Verwaltungsangestellte in der Minijob-Zentrale der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See habe ich umfangreiche Erfahrungen auf den Gebieten der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesundheitspolitik sowie der Wirtschaft erworben. Mein beruflicher Werdegang aus dem Kohle- in den Dienstleistungssektor soll den Bergleuten Mut machen, sich von der Braunkohle lösen zu können und einen Neuanfang zu wagen.

Deshalb unterstütze ich seit zwei Jahren aktiv die Initiative zur Gründung eines „Institutes für Innovative Regionalentwicklung“. Ohne den erforderlichen Strukturwandel in der Lausitz werden die Kumpel ihre Ängste und die Unsicherheit, die ich aus eigenem Erleben nachvollziehen kann, nicht überwinden.

Neben der Asylpolitik wird ein Kurswechsel in der Rentenpolitik das Wahlkampfthema Nr. 1 zur Bundestagswahl sein. Daher möchte ich mich aktiv als Kandidatin der LINKEN und als ver.di-Mitglied in die Rentenkampagne des DGB einbringen, die ein Rentenniveau fordert, das nicht nur Altersarmut verhindert, sondern eine Lebensqualität deutlich über dem Existenzminimum im Alter sichert.

Ingo Paeschke

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die politischen Verhältnisse in Deutschland sind schwierig geworden. Wir glaubten bisher, als Oppositionspartei im Bund werden wir neben den Anhängern der LINKEN auch regelmäßig von Protestwählern gewählt.

Mit der Entstehung der AfD müssen wir erkennen, dass auch frühere linke Wähler in Scharen die Seiten wechseln. Manchmal machen erst absolute Zahlen dies richtig deutlich.

In Mecklenburg-Vorpommern haben uns 1998 über 264 000 Menschen gewählt, im Jahr 2016 nur noch 106 000.

Wir waren jahrelang die Partei, die sich um die Nöte und Sorgen der kleinen Leute gekümmert hat. So werden wir heute immer weniger wahrgenommen, trotz des großen Einsatzes vieler Genossen.

Viele Menschen glauben nicht mehr an positive Veränderungen durch politische Entscheidungen. Wir haben uns innerhalb des letzten Jahres stark durch die Flüchtlingsfrage bestimmen lassen. Dabei sind die kleinen Leute, die hier leben, zu oft in den Hintergrund getreten. Wir haben vergessen, dass linke Politik immer noch eine Klassenfrage ist.

Es geht nicht um die Frage Flüchtlinge gegen Alteingesessene oder Ost gegen West. Es geht immer noch um unten und oben. Die oberen zehn Prozent in Deutschland werden immer reicher, viele andere dagegen kämpfen mit den täglichen Problemen des Lebens, und dies liegt oftmals an der Politik in diesem Land.

Es sind eben nicht nur Hartz-IV-Empfänger betroffen. Es ist längst der Durchschnitt der Bevölkerung. Die Menschen wollen Sicherheit im Alltag, eine gute Zukunft für ihre Kinder und ein Stückchen vom großen Kuchen, der ein glückliches Leben ausmacht. Dafür muss Linke Politik stehen, egal ob wir regieren oder opponieren.

Jeder Kompromiss, den wir eingehen, jede Koalition, die wir schließen, muss darauf ausgerichtet sein. Dann wird es auch egal sein, woher man kommt oder wo man geboren ist.

Ich bewerbe mich für den Bundestag, weil ich davon überzeugt bin, dass ich als langjähriger Kommunalpolitiker dazu einen ernsthaften Beitrag leisten kann.

Geschäftsstellenreport

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere politische Arbeit hängt von zahlreichen Faktoren ab. Einer davon ist das Engagement unserer Mitgliedschaft. Derzeit ist die Entwicklung der Mitgliederzahl in unserem Kreisverband leider besorgniserregend.

Hier einige Fakten zur Erläuterung: Seit Beginn dieses Jahres sind 20 unserer Mitglieder verstorben, ein Mitglied hat unseren Kreisverband wegen Umzugs verlassen, und wir mussten 28 Austritte verzeichnen. Letzteres beinhaltet auch die Mitglieder, deren Austritt aufgrund des langfristigen Ausbleibens der Beitragszahlung festgestellt werden musste. Dem gegenüber stehen lediglich drei Neueintritte. Hierdurch hat sich die Zahl unserer Mitglieder von 760 auf aktuell 714 reduziert. Mit Blick auf die Altersstruktur kann dieser Trend nur abgemildert werden, wenn die Zahl unserer Neueintritte wieder ansteigt. 15 Neumitglieder im Jahr 2015 zeigen, dass dies möglich ist.

Eine Form der Neumitgliedergewinnung ist das Ansprechen junger Menschen, um sie für Politik zu begeistern. In diesem Kontext standen mehrere Aktionen unseres Jugendverbandes, die im vergangenen Monat in Forst durchgeführt wurden. Neben einer „Zuckertüten-Verteilung“ vor dem Gymnasium anlässlich des ersten Schultags nach den Sommerferien wurde ein Kino-Abend durchgeführt. Obwohl die Resonanz gering war, wurden junge Menschen von der LINKEN in der Stadt wahrgenommen. Ein wichtiges Signal, welches beharrlich fortgeführt werden muss.

Auch das Engagement zum „Politischen Speed-Dating“ gemeinsam mit anderen Jugendverbänden ist hier als Positivbeispiel anzuführen (Bericht in dieser Ausgabe des „Herzblatts“).

Eine weitere Möglichkeit ist die Teilnahme an öffentlichen Aktionen. So hat unser Kreisverband selbstverständlich die bundesweiten Anti-TTIP-Demonstrationen am 17. September unterstütz und zur Teilnahme nach Berlin mobilisiert. Mit acht Genossinnen und Genossen aus der Lausitz war die Beteiligung leider sehr übersichtlich. Ein breiter aufgestellter Aktivistenkreis könnte auch für eine größere Wahrnehmung im geneigten Umfeld unserer Partei sorgen. Diesen Multiplikator-Effekt müssen wir wieder stärker nutzen.

Auch die Unterstützung von kleineren Aktionen vor Ort kann für eine positive Ausstrahlung sorgen. So haben wir uns mit dem Warnstreik der Beschäftigten der Thiem-Service-Gesellschaft am Cottbuser Carl-Thiem-Klinikum am 22. September solidarisch gezeigt.

Der Kreisvorstand wird sich auf seiner nächsten Sitzung intensiv mit dieser aktuellen Entwicklung befassen. Die Ergebnisse werden wir natürlich anschließend kommunizieren. Ohne dem vorweggreifen zu wollen, möchte ich dennoch an uns alle appellieren, unsere gemeinsame Verantwortung für die zukünftige Entwicklung unserer Mitgliedschaft wahrzunehmen.

Abschließend möchte ich Euch noch herzlich an den Termin unserer Wahlkreis- und unserer Mitgliederversammlung zur Vorbereitung der Bundestagswahl 2017 erinnern. Die schriftlichen Einladungen solltet Ihr inzwischen erhalten haben. Wir sehen uns am 29. Oktober ab 10.00 Uhr im Max-Steenbeck-Gymnasium in Cottbus.

Christopher Neumann,
Kreisgeschäftsführer

Erstes Treffen mit Eltern von Kindern mit Behinderung

Am 14. September fand im Sanitätshaus der Zimmermann GmbH in Cottbus Groß Gaglow ein Treffen mit Eltern von Kindern mit Behinderung aus unserer Region statt, und 20 Eltern waren gekommen. Die Initiative für diese Veranstaltung ging von Herrn Siebelt und Herrn Schulz aus Forst aus. Beide sind selbst Väter von Kindern mit Behinderung.

Die Bundestagsabgeordnete Birgit Wöllert (DIE LINKE) hatte zu der Veranstaltung eingeladen. Sie informierte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über das geplante Bundesteilhabegesetz, welches derzeit im Bundestag beraten wird. Hierdurch soll die Behindertenpolitik an die bereits 2009 ratifizierte Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen angeglichen werden. Hauptkritikpunkt bei dem Gesetzentwurf ist die von der Großen Koalition geplante Kostenneutralität, welche zu finanziellen Einschränkungen in mehreren Bereichen führt.

Als Gast war der Beauftragte des Landes Brandenburg für Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel, eingeladen. Er konnte den Anwesenden zahlreiche praktische Tipps im Umgang mit alltäglichen Sorgen geben. Insbesondere bei Problemen, die im Umgang mit Ämtern und Behörden auftreten.

Es wurden Erfahrungen ausgetauscht und Lösungen angeboten. Ein Hinweis von Herrn Dusel war der §14 SGB IX. Hiernach muss bei der Beantragung von Reha-Maßnahmen und von Heil- und Hilfsmitteln die Zuständigkeit durch die Träger geklärt werden. Das heißt, dass Antragsteller nicht von Behörde zu Behörde „geschickt“ werden dürfen.

Insgesamt wurde die Runde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr positiv bewertet.

Solche Möglichkeiten des gegenseitigen Austauschs und der Unterstützung braucht es mehr. Deshalb wurde zum Ende vereinbart, dass diese Treffen künftig regelmäßig stattfinden sollen. Geplant ist diese im 1. Kalendervierteljahr 2017 zu den Auswirkungen der neuen Gesetze, die derzeit im Gesetzgebungsverfahren sind, wie zum Beispiel das Bundesteilhabegesetz.

Christopher Neumann

Bitte mehr Gerechtigkeit in der gesetzlichen Krankenversicherung!

Eine zentrale Ungerechtigkeit in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) war und ist die Abschaffung der Pflicht für ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen, Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in gleicher Höhe zu entrichten (sogenannte paritätische Finanzierung).

Der Beitragssatz der ArbeitgeberInnen ist aktuell auf 7,3 Prozent festgeschrieben. Kosten, die durch den gemeinsamen Satz in Höhe von 14,6 Prozent nicht gedeckt werden können, sind allein von den ArbeitnehmerInnen durch Zusatzbeiträge zu decken. Im Jahr 2016 werden dies etwa 14 Milliarden Euro sein. Das sind im Durchschnitt pro Mitglied circa 120 Euro an zusätzlichen Beiträgen im Jahr, die bei paritätischer Finanzierung von den ArbeitgeberInnen zu tragen wären.

DIE LINKE hat deshalb in einem im Plenum abgestimmten Antrag gefordert, die paritätische Finanzierung wieder einzuführen. CDU und SPD haben den Antrag abgelehnt. Die GRÜNEN enthielten sich der Stimme, da sie einen eigenen Antrag zur paritätischen Finanzierung eingebracht hatten.

Aber es gibt weitere Ungerechtigkeiten.

So müssen Selbstständige Mindestbeiträge entrichten – unabhängig von der Höhe ihres Einkommens. Viele Selbstständige, vor allem solche ohne Angestellte, erzielen aber nur sehr geringe Einnahmen. 117 000 von ihnen sogar so wenig, dass sie ergänzend Hartz IV beziehen müssen. Der aktuelle Mindestbeitrag in Höhe von 265 Euro, meistens jedoch 398 Euro, überfordert viele. Deshalb kommt es oft zur Verschuldung bei der Krankenkasse – und aus diesem Grund nur zu einem Anspruch auf Versorgung in stark eingeschränktem Umfang. Das ist ungerecht und sozial nicht hinnehmbar.

Eine weitere Gruppe sind freiwillig gesetzlich Krankenversicherte. Das sind vor allem (freiwillig Versicherte) RentnerInnen oder Studierende, die nicht mehr familienversichert sind. Ihr Mindestbeitrag liegt derzeit bei 177 Euro – eine Beitragshöhe, die viele überfordert.

Auch für diese beiden Gruppen hat DIE LINKE in zwei Anträgen Lösungen entwickelt, die erstmalig debattiert wurden.

Wir schlagen vor, die Mindestbeitragsbemessung für Selbstständige in der GKV sowie für freiwillig Versicherte auf 450 Euro abzusenken. Dies führt dazu, dass beide Gruppen nur noch 82 Euro pro Monat zahlen müssten. Oberhalb dieser Grenze wären Beiträge in Abhängigkeit der Höhe des jeweiligen Einkommens zu zahlen.

Beide Anträge wurden zur weiteren Beratung in die Ausschüsse verwiesen.

Birgit Wöllert

Armutsquote: Regierungsversagen auf ganzer Linie

„Hartz IV schafft Armut. Die herrschende Politik hat bei der Armutsbekämpfung jämmerlich versagt“, erklärt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE. Bundesweit stieg die Armutsquote um einen Prozentpunkt auf 15,7 Prozent. In den alten Bundesländern stieg die Armut um 1,5 Prozentpunkte auf 14,7 Prozent und erreicht ihren höchsten Stand. In den neuen Bundesländern ist die hohe Armutsquote geringfügig auf 19,7 Prozent gesunken. Um Armut wirksam zu bekämpfen muss der Mindestlohn auf zwölf Euro erhöht werden. Statt Hungerrenten und einem Hartz IV-Armutsregime müssen eine Mindestrente und eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1050 Euro her – alles andere befeuert die Verarmung breiter Gesellschaftsschichten.

Während sich die Regierungsparteien zu Schutzheiligen der Steuerflüchtlinge und Millionenerben machen, wachsen zweieinhalb Millionen Kinder in Deutschland in Armut auf. Der verheerende Mix aus Sozialkürzungen, Privilegierung von Reichen und fehlenden Investitionen in Beschäftigung und Infrastruktur zementiert die soziale Ungerechtigkeit.

1050 Euro Mindestsicherung statt Hartz IV! DIE LINKE.

Arbeiten bis zum Umfallen breitet sich aus

„Dass sich die Zahl der erwerbstätigen Seniorinnen und Senioren seit 2005 mehr als verdoppelt hat, ist ein besorgniserregender Befund. Das Rentenalter bedeutet für immer weniger Menschen Ruhestand und Erholung nach einem anstrengenden Arbeitsleben.

Das Rentenniveau sinkt, Armut breitet sich in der Gesellschaft aus, und damit steigt der Druck, weiter zu arbeiten“, erklärt Sabine Zimmermann, stellvertretende Vorsitzende und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur wachsenden Zahl älterer Menschen, die auch nach dem Renteneintritt einer Beschäftigung nachgehen.

Zimmermann weiter: „Arbeiten bis zum Umfallen wird für immer mehr Menschen zur traurigen Realität, und die Politik ist gefordert, darauf zu reagieren. DIE LINKE setzt sich für eine armutsfeste solidarische Mindestrente für alle ein. Das Rentenniveau muss wieder deutlich angehoben werden.

Die leidige Debatte um eine weitere Erhöhungen des Renteneintrittsalters muss beendet werden, denn letztlich geht es dabei immer nur um weitere versteckte Rentenkürzungen.“

Zum EL-Vorsitz: Gysi kann in schwierigen Zeiten das Richtige tun

Zur Entscheidung des Parteivorstandes, Gregor Gysi dem Bundesausschuss der Partei als Kandidaten für den Vorsitz der Europäische Linkspartei vorzuschlagen, erklären die Vorsitzenden der ostdeutschen Landesverbände Heidrun Bluhm (Mecklenburg-Vorpommern), Birke Bull (Sachsen-Anhalt), Susanne Hennig-Wellsow (Thüringen), Rico Gebhardt (Sachsen), Christian Görke (Brandenburg) und Klaus Lederer (Berlin):

Gregor Gysi kann in schwierigen Zeiten das Richtige tun. Das hat nicht zuletzt sein beherztes Agieren in der schwierigen Umbruchphase auf dem Weg von der SED zur PDS gezeigt. Das zeigte seine wichtige Rolle beim Zusammengehen von PDS und WASG zur neuen Partei DIE LINKE: Gregor ist ein überzeugter Europäer. Und dennoch oder vielmehr genau deswegen scheut er sich nicht, die EU, europäische Akteure oder politische Entscheidungen deutlich zu kritisieren, wenn sie aus seiner Sicht in die falsche Richtung gehen und die europäische Idee in Frage stellen.

Wir erinnern uns alle an seine Rede im Deutschen Bundestag 1998 zur Einführung des Euros. Mit analytischer Genauigkeit und einer Weitsicht warnte er schon damals vor Konstruktionsfehlern des Euros, der Europäischen Union und dem Potential des Wiederaufstiegs der Rechtspopulisten in Europa. Er machte klar: Linke sind nicht antieuropäisch, sondern verteidigen vielmehr die europäische Idee vor den Irrwegen der neoliberalen Politik.

Es wäre gut, wenn DIE LINKE in Deutschland mit Gregor Gysi auf europäischer Ebene bereit stünde, Verantwortung zu übernehmen. Es ist ein wichtiges Signal, zu zeigen, dass Angela Merkel und Wolfgang Schäuble nicht allein sind in Deutschland, ihr Weg für die Europäische Union nicht unwidersprochen bleibt, und es Alternativen zur alternativlosen Politik Merkel’scher Spielart gibt.

Wir müssen – wie Gregor gemeinsam mit Klaus Lederer kürzlich unterstrich –, die Hoffnung wieder auf die linke Seite holen. Nicht nur hier, sondern in ganz Europa.

Krise der EU - Zeit für einen linken Neustart

Konferenz und Podiumsdiskussion der Bundestagsfraktion

Unter diesem Motto hatte die Bundestagsfraktion für den 23. September zur Konferenz und Diskussion nach Berlin eingeladen. Politiker, Engagierte unserer Partei, der Europäischen Linken, verschiedener Westeuropäischer linker Parteien und Bewegungen, aber leider nur ein Vertreter Osteuropas, tauschten ihre Standpunkte aus. Die Auffassungen darüber, ob und wie die EU reformierbar, ob der Fortbestand des Euro möglich und zu verteidigen sei, gingen auseinander, auch unter den Vertreten ein und desselben Landes.

Einigkeit und wesentliche Schlussfolgerung für unseren gemeinsamen Anspruch für ein Europa der Menschen statt der Institutionen ist die Notwendigkeit eines viel stärkeren, gemeinsamen Kampfes um europäische soziale Rechte.

Ohne sozialen Frieden wird es keinen Frieden in und zwischen den Ländern geben. Deutschland, und damit die linken Kräfte unsers Landes, müssen das Lohndumping bekämpfen, das das Handelsungleichgewicht und die Überschuldung anderer verursacht und die Abwärtsspirale des Sozialstaates in Gang setzt. Die Austeritätspolitik, die Deutschland erzwingt, ist gescheitert.

Statt Austerität brauchen wir eine europäische Lohn- und Einkommenspolitik, eine Koordination der SV-Systeme, eine gemeinsame europäische Arbeitslosenversicherung, europäische Ausgleichszahlungen für Exportüberschüsse, eine Ausweitung des EU-Haushaltes und Eurobonds, um Investitionen besonders in den durch die Krise verarmten Ländern zu tätigen.

Wir brauchen keinen neoliberalen Freihandel, der zu Entwurzelung, Verelendung, Abwanderung, Flucht und Krieg des globalen Südens führt. Wir brauchen eine gemeinsame, solidarische Flüchtlingspolitik und Abrüstung.

Was ist also unsere Aufgabe? Europäische Kämpfe für soziale Rechte, für höhere Löhne, gegen Privatisierungen, „Frei“handel, Fiskaldumping und Steuerflucht, eine breite europäische pazifistische Bewegung organisieren! Breiteste Bündnisse schmieden, sich beteiligen statt zuzusehen, auf die Straße gehen und endlich laut werden. Es darf nicht bei den einmal 320 000 Menschen (17.9.) gegen TTIP und CETA bleiben!

Am 8.10. ist erneut Gelegenheit, zu zeigen, dass wir die Zeichen der Zeit verstanden haben, denn es geht schlicht um das Überleben auf unserem Planeten.

8. Oktober ab 12.00 Uhr
Alexanderplatz:
Bundesweite Friedensdemo

Sonja Newiak,
Teilnehmerin des Forums

Weißbuch 2016

Anmerkungen

Weder liest es sich als Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“, noch als Lenins „Dekret über den Frieden“ – das „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“, das die Bundesregierung am 13. Juli der Öffentlichkeit vorlegte. Irgendwie scheint es aus der der Zeit gefallen. Obwohl kriegerisch, gewalttätig, mörderisch war es immer. Doch Bundeskanzlerin Angela Merkel, schrieb einführend: „Die Welt im Jahr 2016 ist eine Welt in Unruhe“.

Klar – Auslandseinsätze der Bundeswehr, völkerrechtswidrige Grenzverschiebungen, das erneute Drehen an der Rüstungsspirale und der Zuwachs an terroristischer Gewalt gehören seit einigen Jahren verstärkt zum Arsenal der Tagespolitik. Nachfolgend auf die Kanzlerin hinterließ Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen unter anderem folgendes: „Deutschland beweist in den aktuellen Krisen, dass es zu seiner sicherheitspolitischen Verantwortung steht. Und auch, dass wir zu führen bereit sind.“ Dazu noch später.

Auf Hochglanzpapier gedruckt, mit wohlklingenden Worten versehen und illustriert mit keinesfalls nur waffenstarrenden Fotos haben wir es hier mit dem „obersten sicherheitspolitischen Grundlagendokument der Bundesrepublik“ zu tun. Sicherheitspolitik wird darin sehr komplex verstanden, definiert und dargestellt. Das reicht auszugsweise von den Grundzügen deutscher Sicherheitspolitik und sein sicherheitspolitisches Umfeld, bis hin zu sicherheitspolitischen Gestaltungsfeldern Deutschlands.

Im Teil II geht es speziell um die Bundeswehr, ihren Aufgaben und um ihren Auftrag, sowie um Vorgaben für die Fähigkeiten der Bundeswehr und um die Gestaltungsbereiche für eine zukunftsfähige Bundeswehr. Also viel Text! Nur was steckt dahinter? Lasst es uns mit Kompass unseres Vertrauens herausfinden.

Des Öfteren ist die Rede davon, Deutschland sei bereit, Verantwortung zu leben und Führung zu übernehmen. Warum bekomme ich bei solchen Aussagen ein flaues Gefühl? Fallen mir doch deutsche Auslandseinsätze ein, wo zum Beispiel ein Bundeswehroberst im afghanischen Kunduz einen Luftschlag befahl, bei dem vornehmlich Zivilisten starben. Oder – egal unter wessen Führung, nach Abzug fremder Truppen aus den Kriegsgebieten (Irak, Afghanistan) hat sich die Sicherheitslage nicht wirklich verbessert.

Oft zitiert wird die Bedeutung der NATO für die deutsche Sicherheitspolitik. Hierzu ein Satz: „Die Festigung des Zusammenhalts und die Stärkung der Handlungsfähigkeit von NATO und EU (!) sind für Deutschland von herausragender Bedeutung.“ Die Nennung der EU in diesem Zusammenhang ein (versteckter) Hinweis auf deren zunehmende Militarisierung?

„Die NATO hinter Glas“, Militärhistorisches Museum Dresden.

Natürlich werden auch neue Konflikte ausgemacht, so wie auch der Hinweis auf neue Bedrohungen nicht fehlt.

Nehmen wir das Beispiel Russland. Hier gehört zu Recht, die russische Annexion der Krim kritisiert, aber einseitig wird es dann, wenn man sich angesichts der faktischen Einkreisung Russlands durch die NATO über dessen Erhöhung militärischer Aktivitäten an den Außengrenzen der EU wundert und eine umfassende Modernisierung der russischen Streitkräfte beklagt. So nicht, Frau Minister!

In dieser Dimension ganz neu beschrieben werden: „Herausforderungen aus der Cyber- und Informationsraum“. Cyberangriffe auf Staaten und kritische Infrastrukturen seien schon lange keine Fiktion mehr. Auch darauf gilt es nun zu reagieren – wie man sich denken kann. Auch die Terroranschläge mit islamistischem Hintergrund, die inzwischen auch Deutschland erreicht haben, sind neu in die Herausforderungen künftiger Sicherheitspolitik eingerastet worden.

Eine wichtige Aussage ist die: „Wirksame Rüstungskontrolle, Transparenz und Vertrauensbildung sowie eine restriktive Rüstungsexportpolitik bleiben Voraussetzung, Mittel und Grundlage friedlicher Streitbeilegung und Abrüstung.“ Hier sind wir beim Wohlklang der Worte, denn die Praxis gegenwärtiger deutscher Rüstungsexporte ist alles andere als restriktiv, sogar in Krisengebiete geht das Zeug. Von einem konsequenten Verbot von Rüstungsexporten, wie es bislang nur eine Partei fordert, will man erst gar nichts wissen.

Neben klassischen Sicherheitsaspekten finden auch der Klimawandel und die Migration Aufnahme in das Weißbuch. Zum Klimawandel heißt es unter anderem, Deutschland werde sich dafür einsetzten, den Klimawandel als sicherheitspolitisches Thema in internationalen Organisationen (VN, EU, G7) zu verankern.

Und zur Migration, da wird bei allen Problemen betont: „Migration an sich ist kein Risiko für die Sicherheit Deutschlands. Im Gegenteil. Unser Land ist auf aufgrund seiner demografischen Entwicklung auf legale, rechtmäßige Zuwanderung angewiesen.“ Damit sind die Weißbuch-Autoren immerhin deutlich weiter als die völkischen Rechtsausleger, die sich derzeit wieder in deutschen Parlamenten breit machen.

Widmen wir uns noch dem lieben Geld. Dazu wird klargestellt: Man braucht mehr Geld, um die im Weißbuch fixierten Zielsetzungen im angestrebtem Umfang erfüllen zu können. Mit Berufung auf den NATO-Gipfel in Wales (2014), wo langfristig eine Annäherung an das Ziel, anteilig zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigungsausgaben vorzuhalten, verweist man auf den Einzelplan 14 für 2016 und auf den 49. Finanzplan bis 2019, womit eine Trendwende hin zu einer verbesserten Finanzausstattung der Bundeswehr eingeleitet wurde.

Ob die nun im Weißbuch abgesteckten Ziele zum weiteren Umbau der Bundeswehr, die laufenden und künftigen Auslandseinsätze, das deutsche Agieren im Rahmen der NATO und so weiter, Europa und die Welt wirklich sicherer machen werden? Man wird es erleben. Oder auch nicht.

Text und Foto: René Lindenau

Begriffe, Fakten und Meinungen zum Thema „Verwaltungsstrukturreform“

Eine kreisfreie Stadt ist eine kommunale Gebietskörperschaft. Sie erledigt neben den eigenen und übertragenen Aufgaben einer Gemeinde auch die eines Landkreises in eigener Zuständigkeit.

Der Oberbürgermeister einer kreisfreien Stadt ist somit einem Landrat im Grunde gleich gestellt.

In der Regel sind Großstädte kreisfrei – also Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern. Allerdings gibt es in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen auch Großstädte, die nicht kreisfrei sind. Im Gegensatz dazu gibt es in Bayern und Rheinland-Pfalz kreisfreie Städte, die weniger als 50 000 Einwohner haben.

Die kleinste kreisfreie Stadt in Deutschland ist Zweibrücken in Rheinland-Pfalz und hat etwa 34 000 Einwohner. München ist mit mehr als 1,4 Millionen Einwohnern die größte kreisfreie Stadt. Berlin, Hamburg und Bremen/Bremerhafen sind Stadtstaaten.

Soweit zur formalen Erläuterung. Jetzt meine politische Sicht, bezogen auf Cottbus (wird nicht von allen Stadtverordneten geteilt).

Die Kreisfreiheit ist kein Wert an sich. Die Aufgaben der Stadt als Gemeinwesen bleiben bestehen.

Deshalb sind auch Parolen, wie sie von Oberbürgermeister Kelch verbreitet werden, ohne reale Substanz.

„Stadtluft macht frei!“ – wir sind und bleiben eine große Stadt.

„Theater und Krankenhaus retten!“ – beide sind und bleiben kommunale Einrichtungen, die aber so oder so nicht durch die Stadt allein finanziell getragen werden können.

„Die Straßenbahn retten!“ – die Straßenbahn braucht zur Sicherung ihrer Zukunft mehrere Millionen Euro. Das kann die Stadt Cottbus allein nicht aufbringen.

Es geht so oder so nicht ohne Bundes- und Landesförderung.

Nach Auffassung der Cottbuser LINKEN sollte unsere Stadt, wenn die Kreisfreiheit durch das Land tatsächlich aufgehoben wird, mit dem Spree-Neiße-Kreis zusammen gehen. Das entspricht historisch gewachsenen Strukturen, die den Einwohnern beider Gebietskörperschaften vertraut sind, beziehungsweise vermittelt werden können.

Eberhard Richter

Bundesregierung beschließt: Hartz IV bleibt Armut per Gesetz

„Nun ist es amtlich: Sozialministerin Nahles leistet durch gezieltes Kleinrechnen der Hartz-IV-Regelsätze Beihilfe zur aktiven Verarmung breiter Bevölkerungsschichten.

Fast zehn Prozent der Bevölkerung sind auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen. Die SPD Ministerin kann sich gegenüber Finanzminister Schäuble nicht durchsetzen. Ein nennenswerter Einsatz für höhere Regelbedarfe und gegen Armut war allerdings auch nicht zu erkennen“, kommentiert Katja Kipping, Parteivorsitzende der LINKE, die bekannt gewordenen Pläne der Bundesregierung zur Neufestsetzung der Hartz-IV-Regelbedarfe.

Noch in der Opposition hat Frau Nahles das Vorgehen der schwarz-gelben Vorgängerregierung massiv kritisiert. „Künstlich herunter gerechnet“ – hat Andrea Nahles seinerzeit geurteilt. Nun agiert sie genauso und tritt damit in die Fußstapfen ihrer Vorgängerin Ursula von der Leyen. Die Stellungnahmen von Wohlfahrtsverbänden zeigen nun: Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat unsachgemäße Abschläge in Höhe von etwa 140 Euro vorgenommen. Berücksichtigt man die und weitere Fehler in der Berechnung, würden sich viel höhere Regelsätze ergeben. Dieses Ergebnis ist aber von SPD und CDU nicht gewollt. Daher beschließt die Regierung: Ein Viertel aller Ausgaben der sogenannten Referenzgruppe – von der die Regelbedarfe abgeleitet werden – seien nicht regelsatzrelevant. Dazu zählen etwa Ausgaben für Haustiere, fürs Gärtnern, für Verkehr, Freizeit und Kultur („grundsätzlich nicht regelsatzrelevant“) sowie für Gaststätten und Übernachtungen. Sowohl die Übernachtung in der Jugendherberge oder das Campen, um für die Familie so etwas wie Urlaubsgefühle zu schaffen als auch das Eis an der Eisdiele werden als nicht regelsatzrelevant eingestuft . Soziale Teilhabe wird so politisch ausgeschlossen.

Die Konsumausgaben der Referenzgruppe liegen nach Angaben der Bundesregierung bei 903 Euro. Die Einkommen der Referenzgruppe liegen weit unter Armutsrisikogrenze. Der Ausgangspunkt der Ermittlung dessen, was ein Mensch zum Leben braucht, sind damit die Konsumausgaben von Menschen in Armut. Es ist offenkundig, dass so Bedarfe nicht festgestellt werden können. Notwendig ist daher ein Bedarfs-TÜV. Die Regelbedarfe sind – unabhängig davon, wie sie ermittelt werden – darauf hin zu überprüfen, ob sie die notwendigen Bedarfe der Betroffenen wirklich decken, damit sie ein Leben ohne Armut und soziale Ausgrenzung führen können.

Katja Kipping

Zu den Duma-Wahlen in Russland

Vorbericht Die Qual der Wahl: Russland vor den Duma-Wahlen

Ob aus besonderem Interesse als gelernter und entsprechend geprägter einstiger DDR-Bürger, oder aus alter Verbundenheit zu diesem Volk, die sich hinter den Kulissen oft nur als Farce erweisen sollte: Der Abend des 5. September im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) war den für den 18. September angesetzten Duma-Wahlen in Russland vorbehalten.

In ihren einleitenden Begrüßungsworten verwies die Stiftungsvorsitzende, Dr. Dagmar Enkelmann, auf die gravierenden Veränderungen, die sich in Russland und in der übrigen Welt seit den letzten Duma-Wahlen (2011) vollzogen haben (Finanzkrise, Griechenland-Pleite, Ukraine/Krim).

Danach folgte die Vorstellung des Podiums. Auf den „nd“-Redakteur René Heilig kam die Rolle des Moderators zu. Ferner hatten Kerstin Kaiser, die Büroleiterin der RLS in Moskau, der Politikwissenschaftler Vladimir Fomenko (Moskau) und der Journalist Viktor Timtschenko (Leipzig) Platz genommen. Danach konnte es dann richtig los gehen: Circa 111 Millionen Bürger entscheiden an diesem Tag über 40 000 Mandate. Im Mittelpunkt dürfte die Entscheidung über die Staatsduma stehen, wo 450 Sitze für neue „Platzhalter“ gesucht werden. Soviel zur Ausgangslage. Kümmern wir uns nun um einige Details, die an diesem Salon-Abend zur Sprache kamen.

René Heilig wartete zunächst mit einigen Schnipseln des Bildes auf, dass die sogenannten Mainstraimmedien (über Gebühr) von Russland zeichnen. Die Regierung könne sich nur halten, weil sie die Opposition unterdrücke, das Volk hungere und man veranstalte „Panzerolympiaden“.

Am Ende war für mich klar: Es ist von allem etwas, was den politischen und gesellschaftlichen Alltag dieses Riesenreiches ausmacht. Was ich mit auf die Rückreise nehmen konnte, war eine differenzierte Sicht auf viele Dinge, oder auch neue Informationen, die man so nicht bekommt.

Wer weiß schon, dass die Prozentklausel von sieben Prozent auf fünf Prozent gesenkt wurde. Wer weiß schon, dass mit Ella Panfilowa eine Kreml-kritische Menschenrechtlerin zur neuen Vorsitzenden der Wahlkommission berufen wurde. Deshalb ist Präsident Putin immer noch kein „lupenreiner Demokrat“- und das von ihm getragene System ist weit von demokratischen Standards entfernt. Man denke nur an Pussy Riot.

Aber so kam Kerstin Kaiser nicht umhin, von einem Zuwachs an Demokratie zu sprechen, auch weil die Änderungen am Wahlsystem mit einem Mehr an Demokratie und Transparenz einhergingen. Kritisch merkte die früher langjährige brandenburgische Landtagsabgeordnete an, dass mit 13 bis15 Prozent auch nach der Duma-Wahl der Frauenanteil recht gering bleiben wird.

Interessant auch der Fakt, den Vladimir Fomenko zu Gehör brachte, durch Krim-Annektion und Zuwanderung, hat sich die Zahl der Wahlberechtigten um etwa zwei Millionen Bürger erhöht. Ob dies sich auch auf die Wahlbeteiligung und auf das Wahlergebnis auswirkt?

Eingegangen war das Podium auf einige der 14 Parteien, die sich nun um Duma-Sitze bewerben, wovon aber nur vier real die Chance hätten, in das Parlament einzuziehen. Vorneweg die Putin-Partei „Einiges Russland“, danach mit großem Abstand die KP und die rechtspopulistischen Liberaldemokraten, sowie die Partei „Gerechtes Russland“, die der deutschen Sozialdemokratie nahesteht. Sie ringt dort aber schon mit der Fünf-Prozent-Hürde. Man wird sehen...?

Der Blick auf vergangene Sowjetzeiten durch Viktor Timtschenko bekam einen mehr als bitteren Beigeschmack, als er sich erinnerte: Damals gab es in den Wahllokalen Wurst, die es in den Geschäften nicht gab.

In dieser Hinsicht dürften sich die Wahllokale geändert haben. Die Oligarchen haben ohnehin ausgesorgt, und die 20 Millionen Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, werden jetzt dort vergeblich ihr Wurstpaket suchen, sofern sie noch zur Wahl gehen. Doch um zu verdeutlichen, was unter der Armutsgrenze leben zu müssen im heutigen Russland heißt: Wir reden da von einem Einkommen von 20 000 Rubel, das sind umgerechnet etwa 300 Euro!

Vielleicht überraschend, dennoch führte Timtschenko aus: „Die Zeit der Rezession sei vorbei, die Wirtschaft stabilisiere sich (...)“. Und: „Den Russen geht es nicht blendend, nicht glänzend, aber es geht auch nicht bergab.“

Zuvor berührte das Podium die Frage der im Zusammenhang mit der Krim-Annektion durch die EU gegen Russland verhängten Sanktionen, die von den Diskutanten einhellig abgelehnt wurden.

So warf Kerstin Kaiser Europa vor, die Vorgänge in der Ukraine/Krim zum Anlass nehmend, jeden politischen Dialog abgebrochen zu haben, ohne die Interessen der Bürger in den Ländern zu berücksichtigen. Was dies bedeuten kann illustrierte Viktor Timtschenko: Anders als zuvor produziert jetzt Russland selbst Parmesan, und sächsische Bauern stecken nun ihrerseits in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Kommt offenbar nun des öfteren vor, dass es im Leben anders kommt, als das man es sich in der Politik denkt: Richtiges Leben trifft auf falsche Politik, sag ich nur. Wie die Wahlen zur russischen Duma ausgehen werden, wie deren Ergebnisse zu analysieren und zu bewerten sind, das steht auf einem anderen Papier mit anderen Überschriften. Nicht meins.

Zum Abschluss meines „wahrlichen“ Vorberichtes bleibt mir nur, mit einer Feststellung von Dagmar Enkelmann zu enden: Die Stiftung hat sich wieder erlaubt, auch „seitwärts“ und etwas genauer hinzuschauen. Ich war´s zufrieden.

Nachbericht zu den Duma-Wahlen

Nicht nur in Berlin, sondern auch in Moskau wurde am 18. September gewählt.

So wichtig die Abgeordnetenhauswahlen auch gewesen sein mögen, dass die Moskauer Duma-Wahlen in den deutschen Medien zu einem Randthema gerieten, haben sie nicht verdient.

Zerren wir also letztere Wahl noch mal zurück ins öffentliche Bewusstsein und sorgen wir für deren Wahrnehmung.

Am Wahlabend verkündete, „Vremja“ (Zeit), so heißt die Sendung der Hauptnachrichten im 1. Russischen Fernsehen, das erste vorläufige amtliche Endergebnis (Stand 21.00-22.00 Uhr Moskauer Zeit).

Klarer Gewinner wurde die Putin-Partei „Einiges Russland“. Sie holte 54,2 Prozent (343 Sitze), die Kommunisten

(Fortsetzung auf Seite 10)

Politisches Speed-Dating in Cottbus

Cottbuser Jugendverbände diskutieren mit Schülern am Niedersorbischen Gymnasium

Am Freitag, dem 9. September, hatten die Schüler des Niedersorbischen Gymnasiums Gelegenheit, mit Vertreterinnen und Vertretern der Cottbuser Jugendverbände der politischen Parteien zu diskutieren. Jusos, Junge Union, Linksjugend und Junge Liberale hatten zuvor gemeinsam die Idee des politischen Speed-Datings konzipiert und den Cottbuser Schulen angeboten.

„Wir freuen uns sehr, dass das Niedersorbische Gymnasium unser Angebot angenommen und in den Politikunterricht integriert hat“, sagt Florian Szonn von der Linksjugend Lausitz, der bis vor kurzem selbst noch Schüler am Niedersorbischen Gymnasium war. Dabei lernen die Schülerinnen und Schüler in einem jeweils dreiminütigen Gespräch die vier Jugendorganisationen im kleinen Kreis und direkten Gespräch kennen.

„Das Format bietet uns eine tolle Möglichkeit, uns und unsere Inhalte den Schülerinnen und Schülern und baldigen Erstwählerinnen und Erstwählern vorzustellen. Da sich gleich vier Jugendorganisationen vorstellen, können die Schülerinnen und Schüler auch direkt feststellen, wo wir uns unterscheiden und welche politische Position am besten zu ihnen passt“, sagt Laura Schieritz, Kreisvorsitzende der Jungen Liberalen Lausitz.

In den Gesprächen und der anschließenden offenen Diskussion mit den Schülerinnen und Schülern und den Jungpolitikern wurde deutlich, dass es vor allem die Themen Flucht und Integration, aber auch Bildung und den Erhalt der Demokratie sind, die die Jugend beschäftigen.

„Es macht Mut, zu sehen, wie groß die Bandbreite der Themen ist, die die Schülerinnen und Schüler mit Leidenschaft diskutieren. Die Jugend in Cottbus ist keineswegs politikverdrossen. Vielmehr hat sie den Eindruck, dass die Politik oftmals jugendverdrossen ist“, erklärt Johann Staudinger von den Jusos Cottbus.

„Die Schüler waren sehr interessiert und hatten keine Scheu, uns auch mal Kontra zu geben. Das hat mich sehr beeindruckt“, meint die Vorsitzende der Jungen Union Cottbus, Maria Marquardt.

Nach dieser Auftaktveranstaltung freuen sich die vier politischen Jugendorganisationen, bereits weitere Einladungen für die nächsten Wochen an anderen Cottbuser Gymnasien erhalten zu haben: „Das Speed-Dating ist perfekt für den gegenseitigen Austausch. Die Schüler stoßen uns immer wieder auf neue Aspekte, die wir vielleicht noch nicht intensiv genug betrachtet haben.“

(Pressemitteilung der Politischen Jugendverbände von Cottbus)

junge liberale Brandenburg | Linksjugend Lausitz | JUSOS Cottbus | JU Junge Union Cottbus

Zu den Duma-Wahlen in Russland

(Fortsetzung von Seite 9)

(KPRF) erzielten noch 13,4 Prozent (42), die Shirinowski-Liberalen 13,2 Prozent (39) und „Gerechtes Russland“ (GR) errang immerhin 6,2 Prozent (23). Ohne die Absenkung der Sperrklausel von sieben Prozent auf fünf Prozent hätten letztere es nicht in die Duma geschafft.

Die Wahlleiterin Pamfilova kündigte schon am Wahlabend an, dass weiter sehr genau nachgezählt und nachkontrolliert würde. Unregelmäßigkeiten und Fälschungsversuche werden weiter untersucht, diese seien von geringem Ausmaß und würden die Wahlergebnisse weder verfälschen noch verändern können, meinte sie.

Auf die geringe Wahlbeteiligung eingehend (zwei Stunden vor Schließung der Wahllokale nutzen nur etwa 40 Prozent ihr Stimmrecht), erklärte Kerstin Kaiser, Büroleiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau: Wenn die Hälfte der WählerInnen fernbleibt, befragen sich alle Parteien sowie die Regierung, ob sie die Krise, die Unzufriedenheit und Unsicherheit der Leute richtig verstanden und ihr entgegengearbeitet haben.

Der Wahlsieger, Präsident Putin, bezeichnete das Wahlergebnis als „Vorschuss der Bevölkerung, der nun erst abzuarbeiten“ sei. Soziale Probleme sollten nicht in der Statistik, sondern im konkreten Leben der Familien festgestellt und gelöst werden.

Nach ihrer Einschätzung, so äußerte Kerstin Kaiser: Wohl möglich belegen die Verluste von KPRF und von GR sowie der Gewinn von Shirinowski auch hier, dass populistische wie vaterländisch-nationale Rhetorik nichts bringen, außer mehr Stimmen für Parteien im rechten Spektrum.

So gesehen schließt sich der Kreis, und wir sind wieder mitten in Deutschland, wo doch der Rechtspopulismus längst ein gesamteuropäisches Problem ist.

Text: René Lindenau
Bild: linkezeitung.de

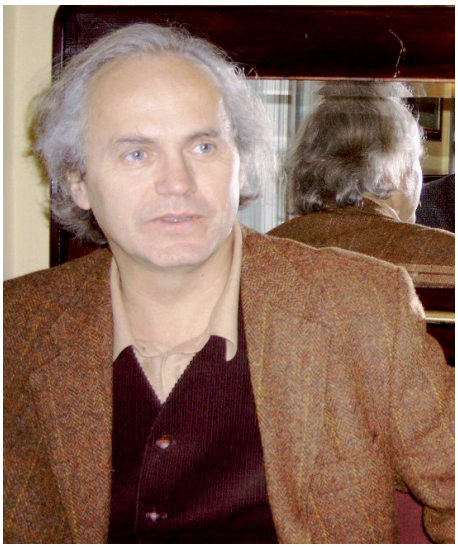
Diskutieren und Handeln!

Der „Dritte Pol“ – ein anregender Artikel von Michael Brie

Am 21. (online) beziehungsweise 22. August (print) brachte das „nd“ auf Seite 10 einen ganzseitigen Artikel von Prof. Dr. Michael Brie in sechs Thesen unter der Überschrift „Für eine Politik des Dritten Pols“.

Er befasst sich mit der Strategie aller linken Kräfte, ihren gegenwärtigen realen Chancen und den Möglichkeiten, diese in einer Bündnispolitik zu verbessern. Hier kann der sehr lesenswerte Artikel von Michael Brie nicht wiedergegeben werden, darum der Link: (https://www.neues-deutschland.de/artikel/1022849.fuer-eine-politik-des-dritten-pols.html). Damit befasste sich die IG politische Bildung am 2. September, um in unserem Orts- und Kreisverband zur Diskussion anzuregen, denn einhellig wurde die Wortmeldung von Brie als wichtig für das strategische Denken innerhalb linker Politik beurteilt.

Michael Brie stellt einleitend fest, dass sich in rot-rot-grünen Regierungskoalitionen die LINKE einem beträchtlichen Anpassungsdruck aussetzt, und Mitregieren daher für sie kontraproduktiv ist. Dem stimmte die IG politische Bildung intensiv zu und wies darauf hin, dass solche Koalitionen, auf Landesebene die LINKE bei den nächsten Wahlen stets Stimmen gekostet haben, weil sie mindestens in Brandenburg viel zu wenig bewirken konnte. Die gesellschaftlichen Mehrheiten und andere Voraussetzungen für mehr Regierungsmacht fehlen auf Bundesebene völlig, auf Landesebene mindestens teilweise. Unter diesen Umständen setzt die LINKE ihren politischen Wert durch fast schon peinliche Bitten, mitregieren zu dürfen, herab, anstatt sich durch Zurückhaltung kostbar zu machen und aus wirksamer Opposition heraus zu agieren. Die Vertreter der LINKEN müssen offenbar in Koalitionen, wenn sie sie schon eingehen, auch standhafter werden.



Ein Eckpunkt bei Brie ist die Mobilisierung all derjenigen, die bewusst oder auch unbewusst links denken, fühlen, oder mindestens keine entgegengesetzten Vorurteile haben. „Sondern es existieren auch Potenziale eines solidarischen Mitte-unten-Bündnisses, eines „Dritten Pols“ oder eines „Lagers der Solidarität“ schreibt er. Damit schließt er an einen Aufruf des Instituts Solidarische Moderne an (http://www.solidarische-moderne.de/de/article/471.mit-der-demokratie-neu-beginnen-gegen-die-politik-der-angst-fuer-eine-politik-der-hoffnung.html), der die Bildung von Foren empfiehlt. Sie sollen von unten nach oben in Debatten alle Kräfte bündeln und – ohne sich mit Strukturfragen und Vereinsmeierei aufzuhalten – ihre gemeinsamen Ziele als „Plan B“ formulieren und in einem Zeitplan von zehn Jahren auch durchsetzen(!). Die erste Etappe soll bis zur Bundestagswahl 2017 eine breite Politisierung der Bevölkerung herbeiführen.

Immer wieder verfolgt uns alle die Sorge über massenweise politische Resignation in der Öffentlichkeit. Zum Beispiel war bei der Friedenskundgebung am 1. September die Beteiligung zu gering und die Reden (auch meine: Dietrich Loeff) zu lang.

In der Debatte der IG gab es einige Vorschläge, zum Beispiel öfter politische Prominenz (Gysi und andere) einzuladen, und alle politischen Kräfte, mit denen wir potenziell und partiell zusammengehen können, aufzulisten. Wir sollten es versuchen.

Soweit einige ganz bescheidene Anregungen zur Diskussion. Sie nähme ein schlechtes Ende, wenn es nur hieße: „Man müsste mal...“. Schöner wäre ein Ende mit „Ich schlage vor und biete an,... zu machen“ und das von vielen Genossinnen und Genossen.

Die politische Lage erfordert viel von uns – packen wir es an!

Dietrich Loeff

Foto: www.die-linke-nwm.de

Einladung

Migranten integrieren, aber wie?

Was wissen wir schon von fremden Kulturen? Unsere Kenntnisse aus Reisen und Zeitungen reichen vorn und hinten nicht für die anspruchsvolle Aufgabe, MigrantInnen aus fernen Ländern bei der Integration zu helfen. Und den Flüchtlingen vor Krieg, Hunger und Verfolgung goldene Brücken zu bauen – das geht uns alle an!

Darum lädt die IG politische Bildung alle Interessierten

am 14. Oktober um 16.00 Uhr

in unsere Kreisgeschäftsstelle ein.

Frau Antje Schrader hilft uns mit einem Vortrag, verbunden mit einer Folienpräsentation, bessere „Kulturdolmetscher“ zu sein, MigrantInnen leichter zu verstehen und ihnen unsere Lebensweise verständlicher zu machen.

Lasst Euch vom trockenen Wort „interkulturelle Kompetenz“ nicht erschrecken. Ich kenne die präsentierten Folien und verspreche Euch einen interessanten Nachmittag.

Dietrich Loeff

„Refugees Welcome!“ in Wandlitz

Für den 14. September hatte Dagmar Enkelmann in den Salon der Rosa-Luxemburg Stiftung geladen. Gekommen waren Mathis Oberhof, ein nun schon eine Zeitlang in der Flüchtlingsarbeit engagierter Buchautor („Refugee Welcome!“), und Walid Habash, einem aus der Kriegshölle des syrischen Aleppo entkommenden Flüchtling.

Vorab: Die Familie Oberhof gab ein überzeugendes Beispiel gelebter Solidarität ab, indem sie in ihrem Haus ein Gästezimmer für Walid umbauten und ihn bei sich aufnahmen.

Das solches Verhalten, auch in Wandlitz, bei vielen der später positiven Schlagzeilen, die der Ort dann im Umgang mit Flüchtlingen machen sollte, kein Selbstläufer war, das zeigte eine Passage seines Buches „Refugees Welcome!“, aus dem Mathis Oberhof vorlas. Er schilderte darin das Klima und die Atmosphäre, in der eine Bürgerversammlung stattfand, während er dort das Wort ergriff. Oftmalige Zwischenrufe auch hässlicher Art (milde gesagt) ließen Oberhof noch das Wort von der Toleranz einfügen und an das Publikum richten. Als dieses Wort fiel, kehrte doch relative Ruhe ein und mancher forderte, ihn ausreden zu lassen.

Am Schluss gab es sogar von nicht wenigen Beifall und Zuspruch ins Ohr geflüstert. Aber diese Situation zeigt, es gehört immer noch viel Mut dazu, sich in diesem Land für Bedrängte, Schutzsuchende stark zu machen und um Minderheitenrechte gegen Angriffe von Rechts zu verteidigen – zumal sich hier am Saalausgang die ortsansässige NPD aufgebaut hatte.

Nicht minder interessant aber auch beklemmend war das „Flüchtlingsgespräch“ (B. Brecht), das Walid H. mit uns führte. Abenteuerlich, entbehrungsreich, brutal: Unter anderem 12-Stunden-Arbeitstage in der Türkei für 300 Euro im Monat, Trennung von der Familie, 200 Kilometer Fußmarsch durch Griechenland, überfüllte Zeltstädte, dann in Deutschland, jetzt bei der Familie Oberhof in Wandlitz wohnhaft. Abgesehen von diesem Happy-End von Walid kam mir bei dessen Fluchtgeschichte ein anderer Buchtitel in den Sinn; „Wer flüchtet schon freiwillig“, geschrieben von Katja Kipping.

Bemerkenswert war und ist bis heute das entschlossene Auftreten der Wandlitzer gegenüber der neofaschistischen NPD, die mehrfach versucht hat, aufzumarschieren und Stimmung vor dem Flüchtlingsheim (!) zu machen. Immer war eine breite Masse Demokraten da, um gegen die braunen Reste aufzubegehren: „Ihr gehört nicht uns!“ Inzwischen kommt die NPD nicht mehr, aber ihre Wählerbasis ist noch da. Aber es traut sich auch niemand mehr, sich dafür einzusetzen, dass die NPD einen Fuß in Sportvereine und ähnliche bekommt. So gesehen beginnt über deren gesellschaftliche Isolation die Reduzierung von Wahlergebnissen von solchen inhumanen Organisationen wie AfD, NPD und CSU – denke ich.

Am Ende des Abends wurde es künstlerisch. Der syrische Flüchtling Walid Habash sang für uns. Ein arabisches Liebeslied, einen deutschen Song (auf Deutsch von Revolverheld) und ein Lied über seine Heimatstadt Aleppo. Gerade diese Darbietung rührte zutiefst, da sie mit Bildern unterlegt war, die Aleppo vor Beginn des Bürgerkrieges zeigten und jetzt im kriegszerstörten Zustand. Gerade nach dem Gesang dieses letzten Liedes (über Aleppo) fiel es sichtlich schwer, zur Tagesordnung überzugehen.

Insbesondere solche Leute müssen doch aus diesem Elend des Krieges mit all seinen Grausamkeiten flüchten dürfen, ohne dass sie in neue Fänge aus Gewalt und Menschenverachtung geraten: Siehe die Asylrechtsverschärfungen, die Verhinderung von Familien-Nachzügen, brennende Flüchtlingsheime und dem Gerede von Obergrenzen. Hier geht es schlicht um die Einhaltung humanitärer Grundsätze. Bei allen Problemen und Ängsten, die heute im Zusammenhang mit Flüchtlingen und ihrer Integration bestehen, sie sind doch im Grunde die Folge staatlicherseits zugelassener Versäumnisse.

Die Bürger von Wandlitz haben jedoch mit Mathis Oberhof in vorbildlicher Weise vorgemacht: Integration geht! Oberhof hat es dann aufgeschrieben: In „Refugees Welcome!“ – Die Geschichte einer gelungenen Integration.

René Lindenau

3. Sandow-Frühstück

Den Weg zum neuen Veranstaltungsort, dem Begegnungsraum der EG Wohnen in der Sandower Hauptstraße, hatten am 17. September nicht so viele Interessenten gefunden, wie in den vorherigen Treffen.

André Kaun und Eberhard Richter antworteten auf die Fragen zur Kommunalpolitik. Eine lebhafte Diskussion. Ein Bürger bemängelte den Zustand der Fußwege und Balkone im Bereich der GWC – Willi-Brandt-Straße. Diese Information wurde an den Geschäftsführer der GWC weitergeleitet. Die Antwort ist inzwischen an den Bewohner gegeben. Sowohl Fußwege wie auch die beschädigten Balkone werden im nächsten Jahr planmäßig in Ordnung gebracht.

Das Frühstück war übrigens wieder lecker, der Kaffee gut. Dank an die Organisatorinnen!

Eberhard Richter

Die Synagoge in Cottbus erhält Möbel

Am 27. Januar 2015 wurde unter großer Anteilnahme der Cottbuser Bevölkerung die ehemalige Schlosskirche zur ersten, neuen Brandenburger Synagoge geweiht. Das war auch für mich als Atheist und Freidenker ein herausragendes Ereignis. Religions- und Gedankenfreiheit ist ein hohes Gut. Wie sagte der „Alte Preuße“ – „Ein Jeder möge nach seiner Façon selig werden!“. Wir tragen als Deutsche, mit Blick auf die Vergangenheit, gegenüber der jüdischen Kultur eine besondere Verantwortung. Auch deshalb hatte die Fraktion DIE LINKE mit ihrem Antrag in der Stadtverordnetenversammlung dafür gesorgt, dass der Leuchter aus der alten, von Faschisten zerstörten Synagoge, zu diesem Anlass vom Museum an die Gemeinde übergeben wurde.

Thora-Schrank in der Cottbuser Synagoge

Die Synagoge befindet sich im weiteren Aufbau. Die Nutzung durch die jüdische Gemeinde ist vielleicht in der Öffentlichkeit noch nicht so sehr zu spüren, aber das dauert sicher seine Zeit. Vielleicht liegt es auch daran, dass die Innenausstattung noch sehr spartanisch ist.

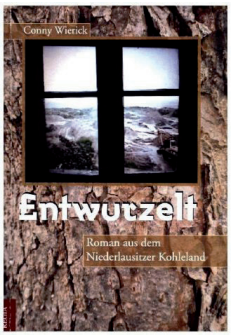
Die Gemeinde und engagierte Cottbuser Unterstützerinnen und Unterstützer sind dabei, weitere Möbel, passend zum Stil des Thora-Schreins anfertigen zu lassen. Das kostet Geld, nicht wenig, da es Unikate sind.

Der Ortsvorstand schlägt den Cottbuser Mitgliedern der Partei DIE LINKE vor, zur Gesamtmitgliederversammlung Spendengelder zu sammeln. Wir werden auch den Kreisverband im Oktober darum bitten. Birgit Wöllert nimmt unsere Bitte auch mit in die Bundestagsfraktion.

Die Gelder, dabei zählt jeder Euro, werden auch als Ko-Finanzierung für Fördermittel gebraucht.

Eberhard Richter

Der Kulturverein „Bücherei Sandow“ lädt herzlich ein



Am Donnerstag, dem 13. Oktober, 17.00 Uhr, begrüßen wir in unseren Räumen die Cottbuser Autorin Conny Wierick und den bekannten Cottbuser Journalisten und Literaturfreund Klaus Wilke. Wir freuen uns auf diese Autorenlesung.

Mit dem neuesten Roman „Entwurzelt“ erleben wir Passagen eines Lebens zweier Menschen in der Niederlausitz, die eigentlich ihren heimatlichen Lebensraum nicht aufgeben wollen und lernen dabei durch die Gesprächsführung von Klaus Wilke die Autorin näher kennen.

Sie selbst, Conny Wierick, meint: „Ich könnte mir auch vorstellen, erfundene Geschichten zu schreiben. Was mich ständig daran hindert, ist unser Alltag mit seinen Erstaunlichkeiten, kaum glaubhaften Tatsachen und bewegenden Menschenschicksalen. ...das sollte nicht vergessen, sondern bewahrt werden.“

Es ist also keine erfundene Geschichte, der Roman aus dem Niederlausitzer Kohleland, sondern sie trägt stark authentische Züge.

Für den Leseherbst 2016 eine wärmstens empfohlene Lektüre.

Gudrun Hibsch

Rezension zu „Flüchtlingsrecht“

Herausgegeben vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. erschien „Flüchtlingsrecht“ in der Reihe „Textausgaben zum Sozialrecht“ im Lambertus-Verlag in erster Auflage.

Dem Charakter der Reihe entsprechend, handelt es sich bei der Publikation um eine Sammlung von relevanten Gesetzen und Verordnungen zu Einreise und Aufenthalt von geflüchteten Menschen in Deutschland.

Dr. Elke Tießler-Marenda, Referentin für Migration und Integration im Deutschen Caritasverband, gibt einführend einen Überblick über die Systematik der Aufnahme von Geflüchteten und der Gewährung von internationalem Schutz und Asyl. Auf der Ebene internationaler Abkommen finden sich die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), zudem die für das Gemeinsame Europäische Asylsystem elementare Dublin-III-Verordnung. Betreffend der nationalen Asylgesetzgebung wurden das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbIG), das Asylgesetz (AsylG, vormals Asylverfahrensgesetz), das Aufenthaltsgesetz (AufenthG), die Aufenthaltsverordnung (AufenthV) und die Beschäftigungsverordnung (BeschV) aufgenommen. Weiterhin enthält die Sammlung Auszüge relevanter Gesetzestexte mit Themenbezug, namentlich das Grundgesetz(GG), die Sozialgesetzbücher (SGB) II, III, V, VIII und XII, das Bundesmeldegesetz (BMG) und das Bundesfreiwilligendienstgesetz (BFDG). Alle aufgenommenen Gesetze und Verordnungen sind auf dem Stand des Asylpakets II, welches am 17.03.2016 in Kraft getreten ist.

Die Arbeit mit der Textausgabe wird durch ein umfangreiches und mit praxisnahen Begriffen versehenes Stichwortverzeichnis erleichtert, Gestaltung und Satz sind ansprechend zurückhaltend und angenehm zu lesen. So empfiehlt sich „Flüchtlingsrecht“ als praktisches Nachschlagewerk für Hauptamtliche in der Flüchtlingssozialarbeit und Verwaltung als auch kommunalpolitischen MandatsträgerInnen gleichermaßen.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg.): „Flüchtlingsrecht“, Lambertus Verlag, ISBN 978-3-7841-2783-5
15,90 Euro

Konrad Heinze, Chemnitz

Interessante Ausstellung im Dieselkraftwerk

Das dkw zeigt vom 8. Oktober bis 1. Januar 2017 eine ganz besondere dreiteilige Ausstellung

Die Formen sind durchaus verschieden – treffen sich aber im Inhalt. Krieg und Kriegsgefahr. Von brennender Aktualität. Präsentiert werden „Los desastres de la guerra/Die Schrecken des Krieges“ von Francisco de Goya – eine Leihgabe einer Partnergalerie.

Dazu Fotografien und Grafiken mehrerer Künstler zu Krieg und Zerstörung in Dresden und Kobane. Die fotografische Dokumentation „Rechtsruck“ aus den frühen 90er Jahren von Ludwig Rauch, ergänzt mit Bildern, die ebenfalls nachdenklich machen.

Die feierliche Eröffnung durch den Chef der brandenburgischen Staatskanzlei, Thomas Kralinski, ist am 7. Oktober um 19.30 Uhr (kostenloser Einlass ab 19.00 Uhr). Der Schauspieler Oliver Breite sowie die Musiker Dagmar Klauk und Sebastian Brewing geben die künstlerische Umrahmung. Frau Kremeier, die Direktorin des dkw und Kuratorin, führt in den Inhalt ein.

Vielleicht sehen wir uns. Wäre schön!

Eberhard Richter

Zu Kolonien nie human

England verengte Lebensbedingungen
Frankreich bereicherte sich
an einheimischen
Massenflucht
auch Spätfolge der Fernländer-Ausbeutung
von Kapitalisten nicht aufgelistete
Fluchtursache
totgeschwiegen
tot wie im Mittelmeer ertrunkene
aus mittlerem nahem Osten Afrika

Jürgen Riedel

35 Tage Skandinavien total...!

Wenn der Weg das Ziel ist

Wenn die nordischen Länder bislang nicht auf dem Schirm waren, denn wann war es möglich, im Juni mehr als vier Wochen am Stück Urlaub zu machen, aber als Altersrentner mit frei verfügbarer Freizeit ist es möglich geworden.

Geiranger Fjord

Und wir haben die Rundfahrt (6700 Kilometer) genossen, hinter jeder Kurve etwas Neues zu entdecken. Die unglaublichen Wälder und Flüsse Finnlands, die spektakuläre Weite Lapplands, die beeindruckenden Fjorde und dann die herrlichen Städte, ob Helsinki, Jyväskyla, Lisalmi, Rovaniemi, Alta, Tromsö, Svolvaer, Trondheim, Lillehammer oder Oslo.

Was gab es nicht alles zu entdecken und zu sehen. Quer durch Finnland führte unser Weg zum Nordkap. Es war schon ein erhabenes Gefühl, einmal den nördlichsten Punkt Europas zu besuchen und dort zu erleben, dass es gar nicht dunkel wird und man selbst auch gar nicht müde wurde. Mittsommernacht klang immer so magisch und war schwer vorzustellen. Und nun konnte ich bis weit nach Mitternacht in meinem Buch lesen, was für eine Erfahrung!

Am Nordkap

Vor dem Nordkap besuchten wir noch Santa Claus und passierten den Polarkreis in Finnland. Der schöne Inarisee beeindruckte uns mit seinen kleinen Inseln. Vom Nordkap ging es Richtung Süden zu den Lofoten – eine der schönsten Insellandschaften überhaupt. Hier wurde Lachs in verschiedenen Varianten angeboten und ohne Ende mit großem Appetit verschmaust.

Jeden Augenblick der Fahrt bietet die Landschaft das Motiv für eine „Kitschpostkarte“ – so schön und so echt!

Am Geirangerfjord zu stehen, nach elf tollen Haarnadelkurven und auf kürzester Distanz 600 Höhenmeter überwunden zu haben und den riesigen Kreuzfahrtschiffen bei Ihren Drehmanövern, fast auf der Stelle, zuzusehen und zu beobachten, wie die Passagiere mit den schiffseigenen Tenderbooten an Land gebracht werden, um mit Bussen auch den aufregenden Trollstiegen zu befahren, war einfach herrlich.

Lofoten

Die Kultur der Samen, ihre Silberkunst und das Bereiten von Stockfisch kennenzulernen, war einfach überwältigend, wie die Felszeichnungen von Alta oder die sehenswerten Stabkirchen. Die Olympiastadt Lillehammer mit Olympiamuseum und Maihaugen, einem wunderschönen Freilichtmuseum, war absolut sehenswert. Toll auch die Information, dass aus Lillehammer der Käsehobel stammt... Und dann Oslo – das Tor zu Norwegen zu durchstreifen, herrlich!

Die Oper in Oslo

Diese Erlebnisse schreien danach, die nordischen Länder wiederholt zu erkunden.

Text und Fotos: Annely Richter

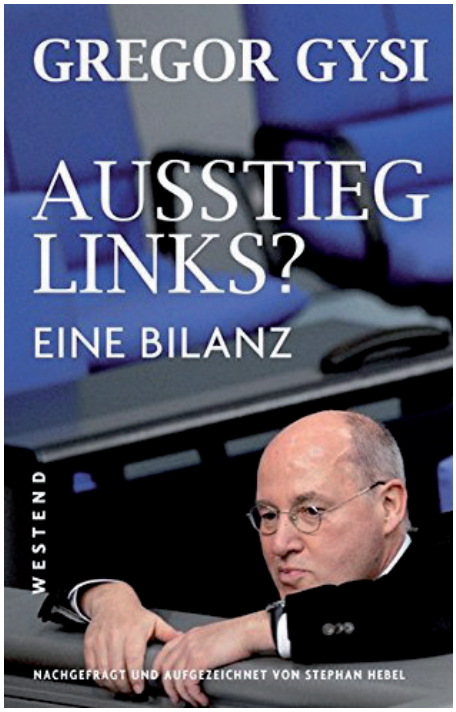
Rubrik „Lesebrille“

AUSSTIEG LINKS?
EINE BILANZ

Kurze Zeit, nachdem Gregor Gysi auf dem Bielefelder Parteitag erklärt hatte, dass er nicht erneut für den Vorsitz in der Bundestagsfraktion kandidieren wird, entstand dieses Buch.

Stephan Hebel, seit zwei Jahrzehnten Leitartikler, Kommentator und politischer Autor, sprach mit ihm. Ein Interview und mehr als ein Interview. Ein Gespräch, trotz manchmal kritischer und drängender Nachfragen, das von Achtung und Respekt gekennzeichnet ist.

Besonders hat mich beeindruckt, dass es ihm gelungen ist, Gregor Gysi in der Wortwahl, Diktion und der Argumentation für den Leser in beeindruckender Weise zu präsentieren. Beispiele aus den Zeiten nach 1989 in breiter Palette. Rückgriffe auf seine Arbeit als Anwalt in



der DDR. Klarstellungen zu Vorwürfen, die von politischen Gegnern ohne demokratische Kultur als üble Waffen versucht wurden. Alles gut und flüssig lesbar.

Es fällt durchaus schwer, die Lektüre zu unterbrechen.

Manchmal schien es mir aber, dass Argumente zu leichtfüßig, mit zu wenig Tiefgang daher kamen. Vielleicht liegt es aber auch daran, dass ich Gregor Gysi sehr oft im Original gehört habe und Gedankenfolgen deshalb in vorhandene Spuren fielen.

Sehr lesenswert – auch für Freunde und Nachbarn, die mit Politik vielleicht nicht so viel am Hut haben.

Eberhard Richter

„AUSSTIEG LINKS? EINE BILANZ“
Gregor Gysi, Stephan Hebel
Westend Verlag, 2015
ISBN:3864896045, 9783864896040

Bücher für den Frieden

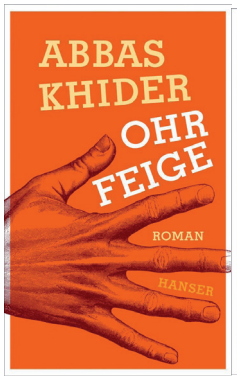
Die erste Veranstaltung der Bücherei Sandow e.V. im 2. Halbjahr stand im Zeichen des Weltfriedenstages.

Angesichts der kriegerischen Zustände und bedrohlichen Entwicklungen in der Welt wollten wir wissen, wie stellen sich Schriftsteller von heute diesen Themen und ihrer Verantwortung als „Lautsprecher“ (leider heutzutage viel zu leise) gesellschaftlicher Stimmungen und Entwicklungen.

Literaturwissenschaftlerin Dr. Irmtraud Gutschke spannte den Bogen vom Bekenntnis Hermann Kants zu gesellschaftlicher Verantwortung auch des Einzelnen, ganz besonders in seinem Roman „Der Aufenthalt“, zu Neuerscheinungen auf der Frankfurter Buchmesse im Frühjahr 2016.

Daniil Granins neuer Roman „Mein Leutnant“ beschreibt das Aufeinandertreffen einstiger Todfeinde, des einst Leningrad verteidigenden Offiziers der Roten Armee und des ehemaligen Wehrmachtsoffiziers. Dieser war sich damals wie heute ungerührt dessen bewusst, dass die Blockade der Stadt der Revolution ein Krieg gegen die völlig wehrlose, verhungernde und erfrierende Bevölkerung war. Genüsslich die Pelmeni seines Gastgebers essend und sich der Tatsache erfreuend, dass sich nun beide überlebend begegnen können, kommt ihm kein Anflug von Scham, Reue, Schuldgefühl. Sein Enkel fragt den ehemaligen Rotarmisten dagegen, wie viele Menschen dieser denn erschossen hätte...

Die beiden anderen vorgestellten neuen Bücher „Die Ohrfeige“ von Abbas Khider und „Das Mädchen mit dem Fingerhut“ von Michael Kohlmeier erzählen Geschichten von Flüchtlingen, Fluchtgründen und der Schwierigkeit, Vertrauen zu Menschen (wieder)zu erlangen nach unendlich vielen erlebten Traumata,



die auch im „sicheren“ Land Deutschland nicht unbedingt enden.

In der anschließenden Diskussion schilderten viele Gäste die Bedrückung, die sie auf Grund der aktuellen Situation empfinden, und das Gefühl der Hilflosigkeit.

Schlussfolgernd konnten wir nur gemeinsam appellieren, sich in großer Zahl einzumischen in alles, was dem Verlangen nach Frieden und sozialer Gerechtigkeit in der Öffentlichkeit Stimme verleiht. Gleich eine Gelegenheit dazu fordert unsere Teilnahme heraus:

Am 8.10. die bundesweite Friedensdemo (ab 12 Uhr Alex)

Fahrt mit nach Berlin, sagt es weiter!

Sonja Newiak

• • • • • • • • • • • • • • •

Daniil Granin, „Mein Leutnant“
Aufbau Verlag, Berlin 2015
ISBN 9783351035914

Michael Köhlmeier,
„Das Mädchen mit dem Fingerhut“
Carl Hanser Verlag, München 2016
ISBN 9783446250550

Abbas Khider, „Die Ohrfeige“
Carl Hanser Verlag, München 2016
ISBN 9783446250543

Termine

8.10. **19.00 Uhr NachtTanzDemo**
Stadthallenvorplatz

10.10. **17.00 Uhr Fraktionssitzung**
Kreisgeschäftsstelle

11.10. **16.00 Uhr Stadtteil-Aktiv Sandow**
Bibliothek Sandow

17.10. **17.00 Uhr Fraktionssitzung**
Kreisgeschäftsstelle
18.30 Uhr Kreisvorstandssitzung
Geschäftsstelle Spremberg

18.10. **17.00 Uhr Ortsvorstandssitzung**
Kreisgeschäftsstelle

24.10. **17.00 Uhr Fraktionssitzung**
Kreisgeschäftsstelle

26.10. **14.00 Uhr Stadtverordnetenversammlung**
Stadthaus Cottbus

29.10 **10.00 Uhr Wahlkreisversammlung**
Max-Steenbeck-Gymnasium

2.11. **19.00 Uhr „Die verbrannten Dichter“ Szenische Lesung zum Gedenken an die Bücherverbrennung**
Obenkino

7.11. **18.00 Uhr Kreisvorstandssitzung**
Kreisgeschäftsstelle

10.11. **17.00 Uhr Vorstellung „Sorbische Kostbarkeiten“ im Altkreis Cottbus durch Peter Schurmann (Sorbisches Institut Cottbus)**
Bücherei Sandow

12.11. **10.00 Uhr-13.00 Uhr Gesamtmitgliederversammlung und Wahl des Ortsvorstandes Cottbus**
Carl-Blechen-Grundschule Sandow

12.-13.11. Wochenendschulung der Roten Reporter
Jugendbildungszentrum Blossin

14.11. **17.00 Uhr Fraktionssitzung**
Kreisgeschäftsstelle

Jeden Mittwoch trifft sich die Linksjugend um 18.00 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle.

Wir gratulieren zum Geburtstag

Oktober

Zum 102. Krumpa, Walter (23.10.)
zum 89. Friedrich, Thea (19.10.)
zum 88. Otto, Fritz (21.10.)
zum 87. Plettig, Werner (1.10.)
zum 86. Jandke, Werner (5.10.)
Brüggemann, Isolde (10.10.)
zum 85. Schröder, Manfred (27.10.)
zum 82. Weber, Gerhardt (4.10.)
zum 80. Nicke, Ursula (11.10.)
Döbel, Volker (16.10.)
Siewert, Ingeborg (17.10.)
zum 75. Woite, Uwe (3.10.)
zum 70. Schwabe, Rolf (6.10.)
zum 65. Schneider, Karl-Heinz (7.10.)
zum 60. Schreck, Reiner (25.10.)
zum 20. Renner, Carolin (8.10.)

November

Zum 94. Krell, Robert (14.11.)
zum 93. Scheler, Herbert (12.11.)
zum 92. Bigos, Leo (14.11.)
zum 88. Rädisch, Dolly (10.11.)
Israel, Christfried (11.11.)
zum 87. Thomalsky, Heinz (6.11.)
zum 86. Didzuhn, Werner (8.11.)
zum 83. Schwarz, Anni (10.11.)
Ulitzka, Elfriede (11.11.)
Haußig, Christa (14.11.)
zum 82. Gawellek, Horst (2.11.)
Schulz, Siegfried (11.11.)
zum 81. Blumrich, Rudolf (4.11.)
zum 70. Swat, Dietmar (6.11.)
zum 65. Newiak, Sonja (3.11.)
Newiak, Frithjof (10.11.)
zum 60. Schneider, Angelika (2.11.)

Zur „Leseecke“

In der „Leseecke“ auf unserer Internet-Seite www.dielinke-lausitz.de veröffentlichen wir Artikel, die wir nicht ins „Herzblatt“ aufnehmen konnten. Diesmal sind es folgende Beiträge:

Dietrich Loeff „Gedanken zum weltweiten Frieden“

Ralf Christoffers und Anke Schwarzenberg „Ackerboden in Bauernhand“

Bildungsprogramm der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg Oktober 2016

Kochen tut weh

EIN MENSCH
macht sich das Fernsehn an –
man zeigt ihm, was er kochen kann.
Um 11, um 2, um 4, um sieben
werden Kartoffeln und Kraut gerieben,
was irgend geht, das wird zermalmt,
sie kochen, dass der Bildschirm qualmt
in ZDF, in ARD, in mdr und rbb.
Ihm tut vor Hunger der Magen weh.
Und es gibt dabei kein Gericht,
das seinem Hartz-IV-Gehalt entspricht.

Sein Kühlschrank gähnt,
es knurrt sein Magen,
sie können die Leere nicht vertragen,
und Abends spät zeigt man noch mal
wie kocht man Karpfen blau und grünen
Aal.

Um Mitternacht geht er zu Bett
wünschend, dass er 'ne Bockwurst hätt'.
Und weil er noch nicht schlafen kann,
macht er noch mal den Kasten an.
Im WDR kocht Biolek, der kann es gut.
DER MENSCH kocht endlich auch,
und zwar vor Wut.

Günter Düring

Impressum

Herausgeber:
DIE LINKE.Lausitz, Ortsvorstand
03046 Cottbus, Straße der Jugend 114
Telefon: (03 55) 2 24 40

V.i.S.d.P.: Eberhard Richter

Redaktion: Florian Szonn, Horst Wiesner

E-Mail: *herzblatt@dielinke-lausitz.de*
homepage: **www.dielinke-lausitz.de**

Redaktionsschluss Juli/August-Ausgabe:

25. Oktober